Warum wir die EU-Verfassung ablehnen sollten!

von Ulrich Brand

Ulrich Brand

Die jüngsten EU-Entwicklungen – Osterweiterung und Verfassung – sind weitere Meilensteine eines zutiefst neoliberalen und militaristischen Projekts.
Dies wird etwa daran deutlich, dass die im EU-Vertrag von Nizza noch mit Ausnahmeregeln versehenen Bereiche Sozialen, Bildung und Gesundheit nun den Liberalisierungsgeboten der EU unterworfen werden. Zusätzlich wird damit eine öffentliche Diskussion schwerer, denn von einer europäischen Öffentlichkeit kann kaum gesprochen werden.
In der sozialwissenschaftlichen Debatte wird die aktuelle Ausrichtung der allermeisten regionalen Wirtschaftsabkommen und -räume als „lock in" der neoliberalen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse bezeichnet. Die herrschenden Kräfte sind international besser organisiert; ihr gewachsener Handlungsspielraum soll rechtlich dauerhaft gesichert werden. In diese Reihe fügt sich die EU und insbesondere ihre Verfassung.

Unterschiedliche Strategien

Die gegenwärtige Weltordnung und ihre institutionelle Absicherung sind aber nicht nur neoliberal, sondern auch zutiefst militaristisch. Im Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents heißt es: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." Das ist einmalig in der Verfassungsgeschichte: Eine Verpflichtung zur Aufrüstung. Der Entwurf legt zudem fest, dass über militärische Einsätze zukünftig der Ministerrat entscheidet. Zudem wird in den Diskussionen um die Verfassung deutlich, dass die EU – zusammen mit den USA – „den Süden" zunehmend als „Sicherheitsproblem" definiert. Die desaströsen Folgen des globalen neoliberalen Kapitalismus für die meisten Menschen auf dieser Erde werden, wenn diese aufbegehren, repressiv bearbeitet. Dagegen sollte man sich von der entwicklungspolitischen Rhetorik nicht vernebeln lassen.

Der regierungsoffizielle Streit um die Verfassung wurde im vergangenen Dezember deutlich und wirft einen Blick auf zukünftige Konfliktlinien. Es gibt zwei konkurrierende Pfade: Regierungen und herrschende Kräfte in Spanien, Polen und anderswo verfolgen eine abhängige Entwicklung kapitalistischer Weltmarktintegration, die sich eng an die USA anlehnt. Der Wiener Ökonom Joachim Becker machte in jüngeren Beiträgen deutlich, dass diese Länder auf diese Weise ihre relativ schwache Position in Europa stärken wollen.
Andere Regierungen, voran die deutsche und französische, vertreten die Interessen jener Kräfte, die eine um Deutschland und Frankreich zentrierte Entwicklung favorisieren. Sie wollen die EU als relativ autonome Kraft stärken und daher mit der Verfassung die neoliberale und militaristische Ausrichtung konstitutionell absichern. Der Streit um die Stimmenverteilung in den EU-Institutionen spitzte dies zu. Für kritisch-emanzipative Kräfte gibt es allerdings keinen Grund, für einen dieser Pfade zu sein oder – als „kleineres Übel" – sein zu müssen. Wohl aber könnte die „Atempause" für eine breitere kritische Diskussion und eventuelle Verhinderung der Verfassung genutzt werden.
Dabei ist ein Sachverhalt wichtig: Die jüngsten sozialen Bewegungen sind bislang lediglich in der Lage, die „schöne neue Welt" des Neoliberalismus bzw. dessen vermeintlichen Imperative des „Sachzwangs Globalisierung" in der Öffentlichkeit und damit seine Legitimität anzukratzen. Politisch-institutionell sind die neoliberalen Kräfte weiterhin uneingeschränkt am Drücker wie die jüngsten „Reformen" der Bundesregierung zeigen.

Verfassung als Klassenkompromiss

Was bedeutet das alles politisch-strategisch? Horst Peter äußerte kürzlich während einer Podiumsdiskussion in Kassel, dass in Anlehnung an Wolfgang Abendroth Verfassungen als „Klassenkompromisse" bezeichnet werden könnten. Wenn das stimmt, dann ist erst recht nicht einzusehen, dass angesichts der derzeit noch unumschränkten Herrschaft neoliberaler Interessen und der schwach ausgebildeten Kampfkraft der Subalternen gerade jetzt die Linke für eine solche Verfassung bzw. einen Kompromiss („mit Bauchschmerzen" versteht sich) sein sollte.
Die Verfassung stärkt in der jetzigen Form die herrschenden neoliberalen und militaristischen Interessen, dann ist sie heute und in einer vielleicht in einigen Jahren sich verändernden Konstellation ein Hemmschuh für kritisch-emanzipative Interessen. Deshalb muss sie abgelehnt werden.
Meines Erachtens muss sich die politisch-institutionelle Linke daher aus ihrer Defensivhaltung lösen und sich stärker auf die jüngsten Bewegungen beziehen. Und zwar nicht, um diese zu instrumentalisieren, sondern um in produktiver Spannung sich gegenseitig zu stärken. Dies bedeutet vor allem, Differenzen mit den neoliberalen Kräften (inklusive derer mit rot-grünem Anstrich) herauszuarbeiten und Bewegungen in spezifischen Fragen die Vermittlung ins politisch-institutionellen System zu ermöglichen.
Für Bewegungen und andere linke politische Kräfte geht es darum, den neoliberal-militaristischen Charakter der EU zu kritisieren und an so wichtigen Punkten wie der Verfassung aufzuhalten versuchen oder ihr zumindest jegliche Legitimität („aber hier und dort gibt es doch Möglichkeiten") zu entziehen. Die Chancen für emanzipative Kräfte wachsen, denn der Unmut vieler Menschen äußert sich zunehmend nicht mehr in Zynismus und individuellen Überlebensstrategien, sondern in Politisierung, Protest und der Suche nach Alternativen. Hier ist auch eine Parteilinke, die sich in ihrem emanzipativen Anspruch ernst nimmt, gefragt.

Forum DL21

Ulrich Brand arbeitet an der Universität Kassel am Fachgebiet „Globalisierung & Politik" und ist politisch aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO, www.buko.info) und im wissenschaftlichen Beirat von Attac-Deutschland.